

Die Rolle der Information in partizipativen Prozessen

Niklas Gudowsky, Ulrike Bechthold

Der Zugang zu Information ist für demokratische Gesellschaften von äußerster Wichtigkeit. Wenn er fehlt, behindert dies den politischen Diskurs und den demokratischen Dialog (Jaeger 2007). Die Aarhus Convention hat deshalb auch Partizipation und den Zugang zu Information als demokratisches Recht bei der Entscheidungsfindung in Umweltfragen festgelegt (UNECE 1998).

In politischen Beteiligungsprozessen fließt Information nicht nur in eine Richtung sondern in mehrere. Die Verfahren sind oft in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext eingebettet und Informationen werden zwischen ExpertInnen, Laien und EntscheidungsträgerInnen ausgetauscht.

Die Beteiligungsverfahren selbst sind zeitlich abgeschlossene Systeme in denen Information transferiert wird. Neben ExpertInnenwissen, welches eine wesentliche Informationsressource darstellt, beruht der Beitrag der TeilnehmerInnen in Beteiligungsverfahren auf deren eigenem Wissen, das auf persönlichen Erfahrungen und gesellschaftlichen Werten basiert (Glicken 2000). Diesem Wissen soll in Partizipationsverfahren eine Stimme gegeben werden, um es nutzbar zu machen. So werden politische Entscheidungsfindungsprozesse durch Problemsichten, Wertgesichtspunkte und Interessen unterstützt und damit auf eine breitere Grundlage gestellt (Hennen 1998).

In Beteiligungsverfahren zu komplexen Themen werden die TeilnehmerInnen oft vorab oder während des Prozesses über den Stand des ExpertInnenwissens informiert. Dadurch soll eine einheitliche Basis von Information über das Thema bei den TeilnehmerInnen entstehen, auf das sie zurückgreifen können wenn sie ihre Empfehlungen erarbeiten.

Im vorliegenden Beitrag soll jener Teil des Informationsflusses in Partizipationsverfahren analysiert werden, bei dem ein Transfer von Information zu den Beteiligten statt findet.

Verschiedene AutorInnen beschreiben die unterschiedliche Wahrnehmung von Information in Beteiligungsprozessen. Die TeilnehmerInnen schätzen die Wichtigkeit von Information als Entscheidungsgrundlage für sie selbst sehr unterschiedlich ein (Goosen et al. 2007; Kangas 2010).

Douglas et al. (1998) führen aus, dass Information und deren Bereitstellung zwar eine wichtige Rolle in der Sensibilisierung und im Wissenserwerb spielen, aber einen begrenzten Einfluss auf die Einstellung und das Verhalten der Informierten haben. Gerade bei der Risikowahrnehmung

sind persönliche Charakteristika und der soziale Kontext einer Person ausschlaggebend (Dake 1992).

Von der Forschungsseite wird die Notwendigkeit von wissenschaftlich fundierter Information von TeilnehmerInnen als essentieller Teil in Beteiligungsprozessen betrachtet (Reed 2008).

Anhand der Frage, welche Rolle die Informiertheit der TeilnehmerInnen spielt, haben wir die Ergebnisse des weltweiten BürgerInnenbeteiligungsverfahrens *'World Wide Views on Global Warming'* (WWViews) mit einer Straßenbefragung von BürgerInnen verglichen.

Bei WWViews wurden die TeilnehmerInnen wissenschaftlich fundiert, mit Hilfe von Broschüren und Videos informiert und konnten während des Verfahrens, bei auftretenden Fragen, eine Auskunftsperson zu Rate ziehen.

Die Bedeutung eines solchen, spezifischen Informationstransfers soll dargestellt werden. Im Vergleich dazu stehen die Ergebnisse der Straßenbefragung, die mit BürgerInnen im Dezember 2009 durchgeführt wurde. Zum Zeitpunkt der Befragung gab es aufgrund des Klimagipfels in Kopenhagen eine intensive mediale Berichterstattung zum Thema Klimawandel.

Aus diesem Grund und der allgemeinen gesellschaftlichen Präsenz des Themas in den letzten Jahren können die so befragten BürgerInnen nicht als uninformiert gelten, sondern wurden von uns als „anders informiert“ eingestuft.

Die Ergebnisse des Vergleiches zeigen einige Unterschiede sowie auch Parallelen und werden im Lichte der rezenten Literatur aus dem Umweltbereich und der partizipativen Technikfolgenabschätzung diskutiert.